

Antrag an die MVV der LINKEN. Neukölln

Einreicher: Bezirksvorstand

Antrag an den Bundesparteitag:

Der Parteitag der LINKEN möge beschließen:

Nach Jahrzehnten der Auseinandersetzung ist der Nahost-Konflikt nicht befriedet. Trotz unzähliger diplomatischer Initiativen und Verhandlungen haben sich die palästinensischen Hoffnungen auf nationale Unabhängigkeit und auf eine Verbesserung der Lebensqualität nicht erfüllt. Die stärkste Militärmacht der Welt, die USA unter Trump, rechtfertigt und unterstützt die unter dem israelischen Premierminister Netanjahu verstärkte Politik der Besetzung und der Annexion palästinensischer Gebiete. Die deutsche Regierung verurteilt die Zunahme des Siedlungsbaus, aber sie liefert weiter Waffen und Militärgerät an Israel und hat eine dauerhafte, enge Militärkooperation. Angesichts dessen brauchen die Menschen in Palästina in ihrem Kampf für Selbstbestimmung breite internationale Solidarität, auch die der LINKEN.

DIE LINKE betont deshalb, dass sie

- die Ziele der palästinensischen Zivilgesellschaft –eine Beendigung der Besetzung und des Siedlungsbaus in den palästinensischen Gebiete, die Beseitigung der Trennmauer, die Anerkennung gleicher Rechte der arabisch-palästinensischen Bürger*innen Israels und das Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge¹ unterstützt;
- in Deutschland die Kampagne „Boycott, Divestment, Sanctions“ nicht unterstützt, jedoch die Charakterisierung der BDS-Kampagne als antisemitisch ablehnt und sich klar gegen Raumverbote und andere Repressionen gegen die Kampagne stellt, da damit die Meinungsfreiheit im Menschenrechtsdiskurs massiv eingeschränkt wird. DIE LINKE macht Antisemitismus bei Personen an deren Aussagen oder Taten fest, nicht an BDS-Unterstützung.
- sich entschieden gegen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, Antiziganismus und jede andere Form von Rassismus und Ausgrenzung stellt.
- für die Überzeugung eintritt, dass Menschenrechte unteilbar sind.

Begründung

Die Fraktion der LINKEN im Bundestag hat am 17. Mai 2019 dem Antrag von CDU, CSU, SPD, Grünen und FDP mit dem Titel „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten – Antisemitismus bekämpfen“ nicht zugestimmt. Mit

¹Diese Forderungen sind durch Resolutionen der UN-Generalversammlung und des UN-Sicherheitsrates gedeckt. Sie entsprechen auch den Verpflichtungen, die Israel bei seiner Aufnahme in die UN durch die UN-Generalversammlung eingegangen ist, sowie den auch für den Staat Israel rechtlich bindenden Normen des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte

diesem von der großen Mehrheit beschlossenen Antrag wurde die Kampagne BDS als antisemitisch abgestempelt und kriminalisiert, da der Beschluss Raumverbote und andere Repressionen empfiehlt. Wesentliche Freiheitsgrundrechte werden dadurch deutlich eingeschränkt.

Als einziger Beleg für den antisemitischen Charakter der BDS-Bewegung wird im dem Antrag der Hinweis angeführt, dass die Kampagne, die dazu aufruft verschiedenen Formen von Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen gegen Israel durchzusetzen, wecke Assoziationen zur Nazi-Parole „Kauft nicht bei Juden“.

Avraham Burg, ehemaliger Sprecher des israelischen Parlaments, und der Künstler Dani Karavan, treten diesem Vorwurf entgegen und haben die deutsche Regierung gefragt: „ ... ob sie wirklich der Meinung ist, dass es Ähnlichkeiten gibt zwischen dem Boykott einer Flasche Wein, die in besetzten Gebieten auf einem von Siedlern gestohlenem Land, das von der Armee der stärksten Macht der Region geschützt wird, und dem Boykott der Geschäfte von Juden in der Nazi-Zeit, die vollkommen wehrlos waren?“ (Zitiert nach: Ha'aretz, 17. Juni 2019). Die israelische Journalistin Amira Hass findet diese Gleichsetzung unerträglich, weil sie die Geschichte der Verfolgung und Ermordung der Juden unter den Nazis verharmlose und die Geschichte leugne. (Ha'aretz, 19. Mai 2019)

Ziel der BDS-Kampagne ist, Druck auf den Staat Israel auszuüben, die Besatzung zu beenden, die Trennmauer abzubauen, palästinensischen Bürgern Israels volle und gleiche Recht zu gewähren und das von der UN-Generalversammlung beschlossene Recht auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge zu respektieren (vgl. Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft vom 9.7.2005). Das sind weder antisemitische Ziele, noch ist der Boykott eines Staates eine antisemitische Methode.

Ausgehend von der Unterstellung, BDS sei antisemitisch, empfiehlt die Bundestagsmehrheit Raumverbote und andere Repressionen. Dafür gibt es inzwischen zahlreiche Beispiele. Z.B. wurden städtische Räume für Veranstaltungen, auf denen Redner eingeladen waren, die BDS unterstützen oder auch nur damit in Verbindung gebracht werden, nicht zur Verfügung gestellt.

- Der Direktor des Jüdischen Museums Berlin wurde zum Rücktritt gedrängt, weil das Museum auf Twitter ein Artikel in der „tageszeitung“ verbreitet hatte, der sich sehr differenziert mit der BDS-Kampagne auseinandersetzte.
- Die Rosa-Luxemburg-Stiftung sah sich 2019 auf Grund des Drucks der Leitung des Evangelischen Kirchentags gezwungen, eine lange geplante Veranstaltung auf dem Kirchentag in Dortmund sehr kurzfristig abzusagen.
- Der Kämmerer der Stadt Frankfurt und hessische Antisemitismusbeauftragte Uwe Becker bedroht den Club Voltaire, seit 1962 ein zentraler Ort für die Gegenöffentlichkeit in Frankfurt, mit Streichung der Zuschüsse, weil er gemeinsam mit anderen zu einer Veranstaltung „Meinungsfreiheit statt Zensur“ eingeladen hatte. Da dort auch Menschen sprachen, die sich nicht von BDS distanzieren, sah Becker darin ein „Sympathisanten-Treffen der antisemitischen Israelhasser“.

Die Liste der Beispiele für derartige schwerwiegende Angriffe auf die Meinungsfreiheit kann lange fortgesetzt werden. Diese Entwicklung muss so

schnell wie möglich gestoppt werden. Gerade jetzt, wo die Regierung Netanjahu/Gantz vereinbart hat nach der Annexion der Golan Höhen und von Ostjerusalem noch ca. 30 % des Westjordanlandes zu annektieren, auf dem Israel illegal Siedlungen gebaut hat, braucht der zivile Widerstand der Palästinenser gegen diese weiteren Annexionen dringend unsere Solidarität. Mit der Kriminalisierung von BDS besteht die Gefahr, dass dieser Solidarität der Garaus gemacht wird.

Schon anlässlich des Bundestagsbeschluss im Mai 2019 haben eine Reihe von Organisationen, darunter auch IPPNW und die Nahostkommission von pax christi, auf die Gefahr hingewiesen, dass in Folge des Bundestagsbeschlusses *„Debatten zum Beispiel über zivilen Widerstand gegen die israelische Regierungspolitik von vornherein verhindert werden, anstatt sie politisch und konstruktiv auszutragen. Ergebnis ist, dass Informations- und Solidaritätsveranstaltungen zu den von der israelischen Regierung und den israelischen Sicherheitskräften begangenen Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen das Völkerrecht behindert und verhindert werden.“*

[http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Offener Brief 70 GG Israel Palaestina.pdf](http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Frieden/Offener_Brief_70_GG_Israel_Palaestina.pdf))

Michael Brumlik, Erziehungswissenschaftler und ehemaliger Direktor des Fritz Bauer Instituts, sieht in der Gleichsetzung von BDS und Antisemitismus eine *„neue Form des McCarthyismus. (Sie) ist derzeit noch auf das Themenfeld Israel, BDS und Antisemitismus begrenzt. Und ebendort sollten wir ihm auch entschieden entgegentreten. Nur so können wir verhindern, dass das Beispiel Schule macht. Denn dann geriete die mühsam errungene liberale öffentliche Kultur der Bundesrepublik Deutschland in Gefahr.“* (Blätter für deutsche und internationale Politik, August 2019)

Auch wir LINKE, die mit dem Widerstand der Palästinenser gegen die israelische Besatzung solidarisch sind, können als antisemitisch ausgegrenzt und diffamiert werden können.

Eine Gruppe bekannter jüdischer und israelischer Wissenschaftler fasst ihre Auffassung in einem Brief an die Bundesregierung wie folgt zusammen: *„Abschließend ist festzustellen, dass die Vermischung von BDS und Antisemitismus den dringenden Kampf gegen Antisemitismus nicht fördert. Die antisemitische Bedrohung geht nicht von palästinensischen Menschenrechtsaktivisten aus, sondern vor allem von der extremen Rechten und dschihadistischen Gruppen. Die Leugnung dieser Tatsache könnte Muslime und Araber dem bedeutenden Kampf gegen Antisemitismus entfremden und behindert die Herausbildung echter Solidarität zwischen Juden, Israelis, Muslimen und Arabern im Kampf gegen Antisemitismus und andere Formen von Rassismus. Sie sendet auch eine falsche Botschaft an diejenigen, die sich der Unterdrückung des palästinensischen Volkes mit gewaltfreien Mitteln widersetzen.“* (Aus einem Brief von 240 jüdischen und israelischen Wissenschaftlern an die Bundesregierung vom 3. Juni 2019).